

L-1 Demokratie sichern, Diskriminierung bekämpfen

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 04.05.2024
Tagesordnungspunkt: TOP 3 Leitantrag zum Thema Demokratie stärken

1 Berlin: für viele die Stadt der Freiheit. Weltoffenheit, Vielfalt,
2 Selbstbestimmung – das
3 sind Versprechen unserer Stadt, wegen derer viele Menschen gerne herkommen, wegen
derer
Menschen gerne hier leben.

4 Es ist unser aller Aufgabe, dieses Versprechen zu schützen und einzulösen. Denn
5 zu Berliner
6 Realität gehört auch, dass viele Menschen sich in unserer Stadt nicht sicher
7 fühlen – weil
8 sie aufgrund ihrer (zugeschriebenen) Herkunft oder ihrer Religion, aufgrund
9 äußerlicher
10 Merkmale oder einer Behinderung, aufgrund von sexueller Orientierung oder
11 geschlechtlicher
12 Identität diskriminiert, beleidigt und körperlich angegriffen werden. Rassismus,
13 Antisemitismus, Antifeminismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit nehmen
14 zu; immer
15 mehr rechtsextreme Gewalttaten verunsichern und bedrohen die Menschen in unserer
16 Stadt. Die
17 Polizei Berlin registriert in den erfassten Straftaten bei der politisch
18 motivierten
19 Kriminalität im Bereich der PMK-rechts einen anhaltenden Anstieg. Mit 2.294
20 erfassten Fällen
21 ergibt sich ein Plus von 5,2 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Mit 70 offenen
22 Haftbefehlen
23 stellt auch die Zahl der Rechtsextremist*innen auf der Flucht vor dem Staat die
24 größte
25 Gruppe im Bereich des Staatsschutzes dar. Hinzu kommen Gruppierungen die
26 rechtsextreme
Narrative und Strategien verfolgen und von den Sicherheitsbehörden in der seit
der Corona-
Pandemie stark angewachsenen Kategorie „nicht zuzuordnen“ geführt werden. Fest
steht damit

zweifellos: Rechtsextremist*innen, Verschwörungsideolog*innen und die Reichsbürgerszene sind aufgrund ihrer Gewaltbereitschaft gegen Leib und Leben die größte Gefahr für die Sicherheitslage in Deutschland und auch in Berlin. Die Opferberatungsstelle ReachOut dokumentierte für dasselbe Jahr 336 rechtsextreme, rassistische und antisemitische tätliche Angriffe in Berlin. Es ist ganz deutlich: die größte Bedrohung unserer Demokratie kommt von der extremen Rechten. Und das ist insbesondere für betroffene Menschen nicht neu. In unserer Gesellschaft ist rassistisches, antisemitisches, antimuslimisches und antifeministisches Gedankengut schon sehr lange weit verbreitet und für viele Menschen eine reale und große Bedrohung.

27 Multiple Krisen in der Welt und in Europa verstärken die Verunsicherung bei
28 vielen Menschen:
29 die Folgen der Coronazeit waren noch nicht ausgestanden, als Russland über seine
30 seit zehn
31 Jahren andauernden völkerrechtswidrigen Kriegshandlungen hinaus seinen
32 vollumfänglichen
33 völkerrechtswidrigen Angriffskrieg auf die Ukraine startete. Der brutale
34 russische Terror
35 bringt täglich unfassbares Leid über die ukrainische Bevölkerung. Auswirkungen
36 dieses
37 Krieges sind auch in Deutschland und Berlin zu spüren. Insbesondere die
38 gestiegenen
39 Lebenshaltungskosten waren und sind für viele Berliner*innen eine
40 Herausforderung. Diese
41 ohnehin angespannte Situation wird weiter erschwert durch die Notlage der
42 ukrainischen
43 Geflüchteten, die in Berlin Zuflucht vor dem völkerrechtswidrigen Angriff
44 Russlands auf die
45 Ukraine suchen. Viele von ihnen stehen vor großen Herausforderungen, wie dem
46 Zugang zu
47 angemessenem Wohnraum und der Integration in den Arbeitsmarkt. Gleichzeitig erleben Jüdinnen und Juden in Berlin und weltweit eine Zunahme antisemitischer Vorfälle, verstärkt durch die jüngsten grausamen Terrorangriffe der Hamas auf Israel. Es besteht seitdem eine erhöhte Gefährdungslage extremistischer Terroranschläge. Auch die muslimische Gemeinschaft, insbesondere Palästinenser*innen, sind zunehmend von antimuslimischem Rassismus

betroffen,
welcher in politischen und sozialen Diskursen oft übergangen wird. Und über all
dem schwebt
gleichzeitig die Klimakrise, die unser aller Lebensgrundlagen bedroht. Von alldem
sind
vulnerable Menschen und Gruppen besonders betroffen. Und dennoch liefern sich
manche
Parteien einen populistischen Überbietungswettbewerb und versuchen, die
verletzlichsten
Gruppen gegeneinander auszuspielen, im Glauben, mit einfachen Versprechungen und
Parolen
Wähler*innen zu gewinnen.

48 Das hilft den Rechtsextremist*innen, die versuchen, diese krisenbehaftete Zeit zu
49 nutzen, um
50 ihre Ideologie weiter zu verbreiten, gegen Minderheiten zu hetzen und die
51 Demokratie zu
52 destabilisieren. Doch komplexe Probleme können nicht mit einfachen Antworten
53 gelöst werden.
54 Es ist Aufgabe aller demokratischen Parteien, diesem Angriff auf unsere
55 freiheitlich-
56 demokratische Grundordnung etwas entgegenzusetzen. Unsere Demokratie ist wehrhaft
57 und kann
58 und muss sich gegen Verfassungsfeinde verteidigen. Hierfür geben uns die Mütter
59 und Väter
60 des Grundgesetzes einen vollen Werkzeugkasten in die Hand: Die Möglichkeit,
verfassungswidrige Vereine zu verbieten, die Regelungen zur Verwirkung von
Grundrechten, die
beamtenrechtlichen Treuepflichten und die Möglichkeit zum nachrichtendienstlichen
Verfassungsschutz gehören ebenso zum Arsenal der wehrhaften Demokratie wie die
Möglichkeit,
verfassungswidrige Parteien von der staatlichen Finanzierung auszuschließen und
das scharfe
Schwert des Parteiverbots; zu eindrücklich hatten sie noch das Ende der Weimarer
Republik
vor Augen.

61 Wir suchen den Schulterschluss mit der engagierten Stadt- und Zivilgesellschaft,
62 die in
63 Initiativen, Vereinen und auf der Straße Haltung zeigt. Wir stehen an der Seite
64 von
65 Unternehmen, die unter den Eingewanderten Arbeits-, Fachkräfte und Auszubildende
66 suchen und
67 sich um ihre Integration bemühen. Die breite Reaktion auf die Veröffentlichung
68 der
69 Correctiv-Recherche, die vielen Demonstrationen der letzten Wochen und Monate mit

70 Millionen
71 von Menschen haben gezeigt: dieses Land und diese Stadt wollen nichts von den
72 Deportationsplänen der AfD und anderer Rechtsextremist*innen wissen und zeigt
73 deutlich: Nie
74 wieder ist jetzt! Viele Vereine, NGOs, zivilgesellschaftliche Bündnisse,
75 Unternehmen,
76 Gewerkschaften und Migrant*innenselbstorganisationen leisten hier seit Jahren
77 eine wichtige
und hervorragende Arbeit; sie weiter zu unterstützen ist essenziell und muss im
Berliner
Landeshaushalt eine Selbstverständlichkeit sein! Und unsere wehrhafte Demokratie
ist nur
dann wirklich wehrhaft, wenn diejenigen, die sie schützen, gut arbeiten können.
Statt nur
laut Law and Order zu schreien, muss der schwarz-rote Senat endlich Konzepte
entwickeln, wie
Prävention und Bekämpfung von Rechtsextremismus in unserer Stadt besser
funktionieren kann!
Der Schutz der Demokratie darf gerade in Zeiten wie diesen nicht finanziell unter
die Räder
geraten. Auch wenn Einsparungen im Landeshaushalt nötig werden, darf hier nicht
der Rotstift
angesetzt werden.

78 **Zivilgesellschaft: wichtiges Standbein der Demokratie**

79 Eine engagierte Zivilgesellschaft ist eine wichtige Partnerin beim Schutz der
80 Demokratie. Es
81 ist unsere Aufgabe, sie in ihrer Arbeit zu stärken. Ein Demokratiefördergesetz
82 auf
83 Bundesebene wurde bereits unter der Vorgängerregierung von der ehemaligen
84 Bundesministerin
85 Giffey mehrfach angekündigt und immer wieder verschleppt. Deshalb begrüßen wir,
86 dass
87 Bundesministerin Lisa Paus ein Demokratiefördergesetz vorgelegt hat. Mit diesem
88 Gesetz zur
89 Stärkung von Maßnahmen zur Demokratieförderung, Vielfaltgestaltung,
90 Extremismusprävention
91 und politischen Bildung soll der Bund den gesetzlichen Auftrag zur Förderung von
92 Demokratie
93 und zur Extremismusprävention bekommen und sich dem Kampf gegen Rassismus,
Extremismus und
Menschenfeindlichkeit verpflichten. Ziel des Demokratiefördergesetzes ist eine
verlässliche
und bedarfsorientierte Förderung von Projekten zur Stärkung von Demokratie und
gesellschaftlicher Vielfalt. Zivilgesellschaftliche Initiativen erhalten damit

für ihre Arbeit mehr Planungssicherheit und eine langfristige Perspektive. Ein wirksames Demokratiefördergesetz ist ein überfälliges Vorhaben und darf nicht weiter durch die FDP blockiert werden. Wenn die Demokratie unter Druck gerät, braucht es ein klares Signal an diejenigen, die zivilgesellschaftlich für eine wehrhafte Demokratie eintreten.

94 Um zivilgesellschaftliche Strukturen und Bündnisse in Berlin nachhaltig zu
95 stärken, braucht
96 es auch auf Landesebene ein Demokratiefördergesetz. Die bündnisgrüne Fraktion im
97 Abgeordnetenhaus hat mit der Vorlage ihres Demokratiestärkungspakets gezeigt, wo
98 der Fokus
99 liegen muss: Mit 16 Millionen Euro sollten damit in den Jahren 2024 und 2025
100 Maßnahmen im
101 Kampf gegen Antisemitismus, Rassismus, Antifeminismus und Queerfeindlichkeit
102 gebündelt
103 werden; der schwarz-rote Senat setzt im Rahmen des Doppelhaushalts allerdings die
104 falschen
105 Prioritäten. Die anhaltende Unsicherheit bei allen Initiativen, ob die im
106 Haushalt
ausgewiesenen finanziellen Mittel wirklich gezahlt werden oder doch wegen des Sparzwangs noch gestrichen werden, ist eine nicht hinnehmbare Situation und gefährdet auch zunehmend den Kampf für unsere Demokratie. Demokratiefördernde Projekte müssen gerade jetzt ausreichend finanziert werden. Der Senat muss endlich Klarheit schaffen, wo er sein Milliardenfazit einsparen wird, und darf nicht länger die Initiativen dieser Stadt am ausgestreckten Arm verhungern lassen.

107 Viele Ehrenamtliche fühlen sich deshalb – nicht überraschend – von Schwarz-Rot im
108 Stich
109 gelassen. Gerade in einer Zeit, in der die Angriffe auf zivilgesellschaftliche
110 Projekte
111 zunehmen, in der Ehrenamtliche ihr Engagement nicht mehr angstfrei ausüben
112 können, ist das
113 genau das falsche Signal. Ehrenamtliches Engagement ist gelebte Demokratie. Sie
114 stärkt den
115 Zusammenhalt unserer Stadtgesellschaft. Wir sind dankbar für die tagtägliche
116 Arbeit der
117 Ehrenamtlichen unserer Stadt. Doch der Druck auf Ehrenamtliche steigt, auch in
118 der
119 Kommunalpolitik und den Bezirksverordnetenversammlungen. Journalist*innen und
120 Künstler*innen

sind genauso im Visier der Rechtsextremen wie demokratische Mandatsträger*innen. Hier sind alle demokratischen Parteien gefordert, geschlossen zueinander zu stehen. Und der Berliner Senat ist in der Pflicht, dass niemand allein gelassen wird, der*die einem rechtsextremen Angriff zum Opfer gefallen ist oder von Rechtsextremen unter Druck gesetzt wird. Die Anlaufstellen für Opfer rechtsextremer Gewalt müssen deshalb dringend abgesichert und besser ausgestattet werden. Außerdem braucht es eine Stärkung der Aussteigerprogramme für Menschen, die dem rechtsextremen Milieu den Rücken kehren wollen.

121 **Die wehrhafte Demokratie verteidigen**

122 Das vor 75 Jahren, am 23. Mai 1949 in Kraft getretene Grundgesetz mit seiner
123 Verankerung von
124 Grundrechten, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, gilt es mit allen Kräften zu
125 verteidigen.
126 Das Grundgesetz gibt uns aus der Erfahrung der Nazi-Diktatur heraus die Mittel
127 dafür. Es ist
128 unsere Verantwortung, sie im Kampf gegen Verfassungsfeinde auch zu nutzen. Wir
129 fordern
130 deshalb die Innen- und Justizressorts von Bund und Ländern auf, die
131 Voraussetzungen für
132 ein AfD-Verbot unverzüglich transparent und unterstützt durch externen
133 Sachverstand
134 abzuschließen, und fordern Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat auf, ein
135 Verbotsverfahren sodann beim Bundesverfassungsgericht auf den Weg zu bringen. Der
136 Berliner
137 Senat sollte dies beim Bund und im Bundesrat anstoßen. Das vom Grundgesetz
138 ermöglichte
139 Parteiverbot ist ein entscheidendes Puzzlestück, um unsere Demokratie zu retten.
140 Uns ist
141 jedoch auch bewusst, dass sich rechtsextremes Gedankengut nicht auf Knopfdruck
142 verbieten lässt. Es braucht ein Bündel von Maßnahmen, die kurz-, mittel- und langfristig wirken müssen. Neben einer resilienten Zivilgesellschaft und guter Bildung und Prävention braucht es deshalb auch deutliche Schritte in der Justiz, der Polizei und beim Verfassungsschutz. Rechtsextremismus im öffentlichen Dienst muss konsequent geahndet werden und in allen Verwaltungen muss die Entfernung rechtsextremer Beamt*innen aus dem Staatsdienst

konsequent

verfolgt werden. Wir wollen prüfen, ob eine Verschärfung des Disziplinarrechts nach dem

Vorbild des „Gesetzes zur Beschleunigung von Disziplinarverfahren in der Bundesverwaltung“

auch für das Land Berlin geboten ist, sowie die Fristen verlängern für das Disziplinarmaßnahmenverbot und Verwertungsgebot bei Verstößen gegen die beamtenrechtliche

Verfassungstreuepflicht und gegen das politische Mäßigungsgebot.

143 Wir fordern, dass die jeweils obersten Dienstbehörden in diesen Fällen von der
144 Möglichkeit

145 Gebrauch machen, die Verfahren an sich zu ziehen, um eine einheitliche Anwendung des

Disziplinarrechts zu gewährleisten.

146 **Keine Demokratiefeind*innen in der Berliner Justiz!**

147 Das Beispiel der rechtsextremen AfD-Politikerin Malsack-Winkemann, die als
148 ehemalige

149 Bundestagsabgeordnete einen gewalttätigen Umsturz plante, ist wohl das
150 bekannteste Beispiel

151 für Rechtsextreme im Richter*innenamt. Dass Menschen mit klar rechtsextremer
Grundhaltung in

Berlin Recht sprechen dürfen, wäre nicht hinnehmbar und insbesondere für
Menschen, die nicht

ins Weltbild der AfD passen, eine echte Bedrohung.

152 Zu einer starken, unabhängigen Justiz gehört, dass Richter*innen sich zur
153 freiheitlich

154 demokratischen Grundordnung bekennen. Die Neutralität und Unvoreingenommenheit
155 von

156 Richter*innen ist ein zentrales Prinzip unseres Rechtsstaats. In Berlin haben wir
157 uns

158 erfolgreich dafür eingesetzt das Instrument der Richteranklage einzuführen.

159 Dieses

160 Instrument eröffnet dem Parlament die Möglichkeit, mit einem Antrag an das
161 Bundesverfassungsgericht die Integrität eines Richters oder einer Richterin
162 überprüfen zu

163 lassen, wenn offensichtlich wird, dass er oder sie den Boden des Grundgesetzes
verlassen hat

und sich offen demokratiefeindlich verhält. Verfassungsfeind*innen haben an
Berliner

Gerichten nichts zu suchen! Darüber hinaus fordern wir den Senat dazu auf, sich
im Bundesrat

für eine Anpassung von § 58 Abs. 2 BVerfGG einzusetzen. Statt eines „Verstoßes im Amt“

sollte Voraussetzung für die Richteranklage die Person selbst und ihr gesamtes Verhalten zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung sein.

164 Rechtsextreme haben in ihren Netzwerken offensiv aufgerufen, sich für das
165 Schöffenamts zu
166 bewerben und so das Justizsystem zu unterwandern. Auch hier braucht es klare
Regelungen, um
zu verhindern, dass Demokratiefeind*innen Recht sprechen.

167 **Eine demokratisch aufgestellte Polizei schützt den Rechtsstaat - auch in den eigenen Reihen**

168 Die Sicherheitsbehörden sind ein unverzichtbarer Teil der Sicherheitsarchitektur.
169 Wenn die
170 Demokratie systematisch durch Bedrohung und Gewalt unter Druck gesetzt wird, sind
171 wir auf
172 handlungsfähige Behörden angewiesen, die die Gesellschaft, den Rechtsstaat und
173 seine
174 Institutionen schützen. Dabei stellen die politisch motivierte Gewalt im Bereich
175 Rechtsextremismus, die zunehmende Hasskriminalität, der erhöhte Sicherheitsbedarf
176 von
177 Politiker*innen und weiteren öffentlichen Personen auch für sie eine große
178 Herausforderung
179 dar. Als am 29. August 2020 Reichsbürger*innen und andere Rechtsextreme zusammen
180 mit einer
181 Mischung aus Querdenker*innen und Coronaleugner*innen den Reichstag stürmen
182 wollten, standen
183 ihnen im letzten Moment nur noch drei Polizisten gegenüber, die die Herzkammer
184 der
Demokratie verteidigten. Wenn Spitzenpolitiker*innen bedroht werden, so sind es
die
Personenschützer*innen von LKA und BKA, die dafür sorgen, dass die Betroffenen
dennoch
öffentliche Auftritte wahrnehmen können. Jeden Tag schützen Polizist*innen so –
und auf
vielfältige andere Art und Weise – unsere Demokratie. Für uns ist klar:
Polizist*innen sind
kein Einsatzmittel, sondern in erster Linie Menschen, die sich neben
Gefahrenabwehr und
Kriminalitätsbekämpfung der Verteidigung der Demokratie verpflichtet haben - und
oft genug
setzen sie dabei ihr eigenes Leben aufs Spiel. Wir stärken all jenen den Rücken,
die

innerhalb und außerhalb der Behörde für Rechtsstaatlichkeit und Demokratie eintreten.

185 Wir setzen uns für gute Arbeitsbedingungen, gute Ausstattung, den Abbau des
186 Sanierungsstaus
187 sowie eine moderne, diverse und diskriminierungskritische Polizei ein. Wir
188 schützen die
Sicherheitsbehörden vor politischer Vereinnahmung und den
Unterwanderungsversuchen
rechtsextremer Kräfte.

189 Hierzu gehört eine Einstellungspraxis, die frühzeitig Anwärter*innen mit
190 problematischen
191 Einstellungen am Zugang zum Polizeidienst hindert. Sicherheitsbehörden wie die
192 Polizei waren
193 historisch und international betrachtet schon immer Anziehungspunkt für
Rechtsextreme u.a.
wegen dem Zugang zu Waffen und der Möglichkeit der Gewaltanwendung. Hierarchische
Strukturen
und ein tradiertes Männlichkeitsbild fördern dies und müssen überwunden werden.

194 Der Schutz der Demokratie ist eine der wichtigsten Aufgaben, die es im
195 Staatsdienst zu
196 erfüllen gilt. Wir müssen diesen Beruf so attraktiv gestalten, dass sich
197 hochqualifizierte
198 Menschen weiterhin dafür entscheiden. Dazu gehören selbstverständlich gute
199 Arbeitsbedingungen und ein attraktives Arbeitsumfeld. Die Instandsetzung von
200 Polizeiwachen
201 ist deshalb kein nice to have, sondern elementar für die gute Arbeit der Polizei.
202 Die vielen
203 Überstunden, die die Polizei jedes Jahr ansammelt, dürfen nicht zum Normalzustand
204 werden.
205 Eine angemessene Work-Life-Balance und Familienfreundlichkeit machen den Beruf
206 deutlich
207 attraktiver und entsprechen dem Anspruch der heutigen Arbeitswelt. Physische und
208 psychische
Gesundheit und Stabilität stehen gerade aufgrund der Herausforderungen des
Polizeiberufs
besonders im Fokus. Wir haben mit dem Gesetz über die psychosoziale
Notfallversorgung für
das Land Berlin einen wichtigen Schritt zur Schaffung von Strukturen für
Betroffene als auch
für Einsatzkräfte geschaffen. Darüber hinaus setzen wir uns weiterhin für eine
Verstetigung
und Stärkung der Supervisionangebote bei der Berliner Polizei ein. Insgesamt
braucht es mehr

Zeit und Aufmerksamkeit für die Einsatznachbereitung belastender und schwieriger Einsätze

bis hin zum Umgang mit Dienstunfällen durch traumatisierende Einsätze oder Einsatzfolgen.

209 Die Berliner Polizeiausbildung hat in den letzten Jahren deutlich an Qualität
210 gewonnen.
211 Gerade in einer diversen Stadtgesellschaft wie der unseren, bleibt es zentral,
212 dass sie
213 diskriminierungskritisch und diversitätssensibel ausgestaltet ist. Neben einem
214 ausdrücklichen gesetzlichen Verbot von Racial und Social Profiling fordern wir
215 die
216 Einführung niedrigschwelliger und unbürokratischer Nachweis- und
217 Aufklärungspflichten
218 (Kontrollquittung), so dass jede*r weiß, warum sie*er kontrolliert worden ist und
219 die
220 Implementierung von Community-Policing-Konzepten. Fälle von rechtswidriger
221 Polizeigewalt
222 müssen konsequent geahndet werden und neben disziplinarrechtlichen auch
223 strafrechtliche
224 Folgen haben. Die Anwendung von Gewalt durch die Polizei ist im Rahmen des
225 staatlichen
226 Gewaltmonopols als ultima ratio nur unter bestimmten Voraussetzungen erlaubt und
227 dann nur in
228 einem verhältnismäßigen Ausmaß. In Fällen von Willkür und Machtmissbrauch durch
229 die Polizei
hat sich das System "Polizei ermittelt gegen Polizei" nicht bewährt. Berlin
braucht eine
unabhängige Ermittlungsbehörde bei Fällen von Fehlverhalten durch die Polizei.
Strafverfahren gegen Polizeibeamt*innen werden durch die Justiz sehr viel
häufiger
eingestellt als in anderen Verfahren. Es kommt nur äußerst selten zu einer
Anklage und noch
seltener zu einer Verurteilung oder einen Strafbefehl. Die Schwelle für
ernsthafte
Ermittlungen und eine Anklageerhebung ist deutlich höher als in anderen
Strafverfahren.
Diese schwierige Ausgangslage ist auch einer der Hauptgründe, warum nur ein
geringer Teil
der Opfer von Polizeiwilkkür überhaupt Anzeige erstattet. Wir wollen Betroffene
von
Polizeigewalt besser schützen und stellen uns der Bagatellisierung und
Normalisierung
jeglicher Form von Gewaltanwendung durch Sicherheitsbehörden entgegen.

230 Für Spezialisierungen im Bereich des Staatsschutzes braucht es zudem einen

231 organisierten
232 Wissenstransfer. Das gilt auch bei der Auswahl und Besetzung von Leitungsstellen
233 im
234 polizeilichen Staatsschutz. Darüber hinaus muss er für den Phänomenbereich
Rechtsextremismus
sowie im Bereich der Hasskriminalität gestärkt werden. Zur besseren
Analysefähigkeit sollen
verstärkt Open Source Intelligence-Expert*innen zum Einsatz kommen.

235 Die Polizei als Behörde hat einen so hohen Stellenwert, da sie als ausführender
236 Arm des
237 Gewaltmonopols des Staates besondere Verantwortung trägt. Dies ist ein hohes
238 Privileg und
239 bringt große Macht mit sich. Dass in einem Rechtsstaat eine solche Übertragung
240 immer mit
241 einer intensiven Kontrolle einhergehen muss, ist für uns selbstverständlich.
242 Daher ist es
243 entscheidend, dass wir nicht die Augen davor verschließen, dass auch innerhalb
244 der Berliner
245 Polizei Rechtsextremismus auftritt. Dies anzuerkennen ermöglicht es, verloren
246 gegangenes
247 Vertrauen wiederherzustellen. Dafür braucht es auch strukturelle Änderungen.
248 Daher ist es
249 gut, dass es neben internen Beschwerdestrukturen mit dem Polizei- und
250 Bürgerbeauftragten nun
251 auch eine unabhängige Stelle gibt, die kontaktiert werden kann, wenn
252 Fehlverhalten zutage
253 tritt. Denn gerade im Falle der Polizei als ausführendem Arm des staatlichen
254 Gewaltmonopols
255 braucht es eine besondere Sensibilität für die Verantwortung und Vorbildwirkung
256 in der
257 Gesellschaft. Der immer wieder erhobene Vorwurf des Generalverdachts ist fernab
258 jeder
259 Realität und erweist sich auch im zweiten Berichtsjahr des Berliner Bürger- und
260 Polizeibeauftragten als populistische Stimmungsmache. Die Arbeit des Beauftragten
261 stärkt
nachweislich Vertrauen und Akzeptanz bei den Beschwerdeführenden. Der diesjährige
Bericht
zeugt gleichzeitig von erheblichem Verbesserungsbedarf der polizeiinternen
Fehlerkultur.
Wenn die Behörde Anfragen nicht nachkommt oder Berichte schönschreibt, ist das
inakzeptabel.
Perspektivisch braucht der Beauftragte mehr Kompetenzen, insbesondere um in
laufenden
Verfahren, in denen bisher Akteneinsicht verweigert wird, eine Schlichtung zu
ermöglichen.

Perspektivisch sollen auch Ermittlungsverfahren gegen Polizist*innen von einer unabhängigen Ermittlungsstelle geführt werden, wie dies in anderen europäischen Ländern bereits heute Standard ist. Die Polizei und die Innenverwaltung müssen sich mit dem Bericht gewissenhaft auseinandersetzen und die angesprochenen Probleme konsequent angehen. Fehlverhalten muss aufgeklärt und nachgegangen werden und Extremismus entschieden entgegengetreten werden. Die Berliner Polizeistudie zeigt dabei strukturelle Maßnahmen auf, die dazu beitragen, einen demokratiestärkenden Kulturwandel voranzutreiben als auch den Anspruch einer modernen Hauptstadtpolizei in einer vielfältigen Weltmetropole zu festigen.

262 Dass die Verfolgung und Aufklärung von über 380 rechtsextremer Straftaten beim
263 Berliner LKA
264 jahrelang unbearbeitet blieben, ist ein Skandal und darf sich nicht wiederholen.
Wir dürfen die Betroffenen nicht alleine lassen.

265 Diese Verschleppung muss detailliert aufgeklärt und es müssen entsprechende
266 disziplinarrechtliche Konsequenzen getroffen werden. Mögliche Zusammenhänge mit
267 dem
268 sogenannten "Neukölln-Komplex" müssen untersucht werden. Es müssen außerdem
269 Maßnahmen ergriffen werden, um sicherzustellen, dass ein solches strukturelles Versagen sich nicht wiederholt.

270 **Die Verfassung schützen – Gefahren für die Demokratie und den Rechtsstaat erkennen**

271 Der Schutz unserer Verfassung, der darin verankerten Grundrechte und unserer
272 Staatsorganisation gegen verfassungsfeindliche Angriffe und Bestrebungen, ist
273 eine vom
274 Grundgesetz vorausgesetzte zentrale gesamtstaatliche und gesamtgesellschaftliche
275 Aufgabe.
276 Den Herausforderungen zum Schutz der Demokratie gerade in Zeiten der Bedrohung
277 durch
278 Rechtsextremismus, der Einflussnahme von außen und gezielter Desinformation muss
279 der Staat
280 mit seinen Institutionen und Mitteln durch effektive Früherkennung im
281 Gefahrenvorfeld
282

283 konsequent entgetreten. Diese Aufgabe muss unter systematischer Einbeziehung
284 von
285 Engagement und Wissen der Zivilgesellschaft und der Wissenschaft erfüllt werden.
286
287 Trotz der erfolgreichen Interventionen des Verfassungsschutzverbundes bei der
288 Verhinderung
289 extremistischer Anschläge in den letzten Jahren und seiner Beiträge zur
290 Aufdeckung
291 russischer und chinesischer Spionagekampagnen wird die Tätigkeit des
292 Verfassungsschutzes
zurecht kritisch betrachtet. Die Verfassungsschutzämter des Bundes und der Länder
sind ihren
Aufgaben durch ihre langjährige Blindheit auf dem rechten Auge und
Stigmatisierung linken
Protestes, dem Versagen im NSU-Komplex, V-Leute-Skandalen und Fehlern im
Zusammenhang des
Breitscheidplatz-Anschlages zu oft nicht gerecht geworden. Wir wären heute im
Kampf gegen
Rechtsextremismus auch im Land Berlin wesentlich weiter, wenn mit Hans-Georg
Maaßen nicht
jahrelang ein Rechtsextremist an der Spitze des Bundesverfassungsschutzes
gestanden hätte.
Die rechtsextreme Anschlagsserie in Neukölln, der Umgang mit Feindeslisten oder
illegalen
Datenweitergaben haben auch in Berlin vor allem bei Betroffenen Vertrauen
gekostet. All das
belegt, dass der Verfassungsschutz in seiner jetzigen Form zu oft nicht
funktioniert und die
Kernaufgabe der Früherkennung in Teilen sogar behindert hat.

293 Wir halten es weiterhin für richtig, durch eine strukturelle Neuordnung eine
294 effektive
295 Alternative als Weiterentwicklung der bestehenden Verfassungsschutzarchitektur zu
296 schaffen
297 und so die Wehrhaftigkeit von Staat und Gesellschaft zu stärken.
298

299 Es braucht zwei Säulen mit einem unabhängigen, anhand öffentlicher Quellen
300 arbeitenden
301 Institut zum Schutz der Verfassung sowie einen rechtsstaatskonformen, von
302 polizeilichen
303 Aufgaben klar abgegrenzten nachrichtendienstlichen Verfassungsschutz mit klarer
304 Fokussierung
305 auf die Früherkennung von staatsgefährdenden Straftaten, Desinformation, Spionage
306 und
Terrorismus. Dadurch wird die Analysefähigkeit gestärkt und der in Wissenschaft
und

Zivilgesellschaft vorhandene Sachverstand über verfassungsfeindliche Bestrebungen systematisch genutzt. Wir bedauern, dass Schwarz-Rot der von uns geforderten wissenschaftlichen Untersuchung der Arbeitsweise des Verfassungsschutzes eine Absage erteilt hat. Diese ist Grundvoraussetzung, um Aufgaben, Prioritäten und Ressourcen der aktuellen Herausforderungen bewerten und neu justieren zu können.

307 Die überfällige Überarbeitung des Verfassungsschutzgesetzes muss neben der
308 lückenlosen
309 Umsetzung der verfassungsgerichtlichen Vorgaben, den Blick auf die aktuellen
310 Bedrohungslagen
311 schärfen sowie eine angemessen transparente Informationsarbeit auch zu
312 Verdachtsfällen
313 ermöglichen. Die Finanzströme von Verfassungsfeinden müssen aufgeklärt und
314 unterbrochen
315 werden. Es braucht darüber hinaus nachvollziehbare Berechtigungskonzepte und
316 Dokumentationspflichten sowie die gesetzliche Begrenzung und Präzisierung des
317 Einsatzes
318 menschlicher Quellen, den wirksamen Schutz der Bürger*innenrechte, insbesondere
319 des
320 Kernbereichs der persönlichen Lebensgestaltung und die Sicherstellung
321 strafrechtlich
322 relevanter Informationen. Aufsichtliche Vorabkontrollen beim Einsatz
323 nachrichtendienstlicher
324 Mittel, digitalisiertes Arbeiten und Diversitätsförderung müssen regelhaft
implementiert
werden.

Mit einem Verfassungsschutz-Kontrollgesetz wollen wir die bestehenden Kontroll- und Informationsrechte zur Stärkung der Nachvollziehbarkeit über Informationsgewinnung, nachrichtendienstliche Tätigkeiten und Bewertungsmaßstäbe verbessern. Auch braucht es analog zum Bund die Möglichkeit für Mitarbeitende des Berliner Verfassungsschutzes, sich in dienstlichen Angelegenheiten sowie bei innerdienstlichen Missständen an den Verfassungsschutzausschuss des Abgeordnetenhauses zu wenden.

325 Unbenommen dessen befinden wir uns derzeit in der herausfordernden Situation,
326 dass die AfD
327 den Verfassungsschutz delegitimiert, weil er die Institution sein könnte, die
328 entscheidende
329 Belege für ihre Verfassungswidrigkeit liefern könnte. Der Berliner Senat steht in
330 der

331 Pflicht, die beim Verfassungsschutz vorliegenden Informationen in die Prüfung
eines
332 Parteiverbotsverfahrens einfließen zu lassen. Dazu gehört auch sicherzustellen,
dass keine
333 Hinderungsgründe durch V-Leute bestehen, wie es beim ersten NPD-Verbotsverfahren
der Fall
334 war.

332 **Rechtsextreme und kriminelle Strukturen aufdecken und austrocknen**

333 Durch den Parlamentarischen Untersuchungsausschuss zur rechtsextremen
334 Anschlagsserie in
335 Neukölln zeigt sich: Es sind keine Einzelfälle. Rechtsextreme Netzwerke müssen
336 bei
Ermittlungsbehörden und Staatsanwaltschaften als solche erkannt, analysiert und
als
tatsächliche Gefahr anerkannt werden.

337 Um kurz- und mittelfristig Rechtsextremen die Möglichkeit zu nehmen, ihre
338 menschenverachtende Ideologie auch noch staatlich finanziert weiter zu
339 verbreiten, müssen
340 wir alle Mittel nutzen, um ihre Strukturen aufzulösen. So sind parallel zur
341 Prüfung des AfD-
342 Verbots Vereinsverbote beispielsweise gegen die Junge Alternative zu prüfen und
verfassungsfeindlich agierende Stiftungen und Vereine müssen von der öffentlichen
Finanzierung ausgeschlossen werden.

343 Bei der Finanzierung demokratiefeindlicher Bestrebungen sind Geldflüsse aus
344 illegalen und
345 kriminellen Quellen stärker in den Blick zu nehmen. Gleiches gilt für
346 ausländische Einflüsse
347 wie etwa Geldflüsse aus Russland, die überprüft und ausgetrocknet werden müssen;
Gewerbe,
die mit Rechtsextremen und anderen Verfassungsfeinden in Zusammenhang stehen,
müssen stärker
überprüft werden, auch um Geldwäsche zu verhindern.

348 Entscheidend ist auch die konsequente Entwaffnung von Demokratiefeind*innen. Es
349 muss das
350 Ziel sein, dass weder legale noch illegale Waffen in die Hände von
351 Rechtsextremist*innen
352 gelangen. Wir fordern dazu eine bundesrechtliche Verschärfung des Waffenrechts.
Außerdem
muss der Senat die notwendigen Kapazitäten in der Berliner Waffenbehörde zur
Durchführung

von Waffenkontrollen, Zuverlässigkeitsüberprüfungen und Erlaubniswiderrufe schaffen.

353 **Abgeordnetenhaus und Verfassungsgericht resilienter machen**

354 Berlin ist eine weltoffene Stadt; die Möglichkeit, dass Verfassungsfeinde die
355 stärkste
356 Fraktion stellen, scheint hier und heute undenkbar. Dennoch muss das Parlament
357 auch bei
358 einem Erstarken rechtsextremer Kräfte handlungsfähig bleiben und die Wahl einer*s
359 demokratischen Parlamentspräsidenten*in sicherstellen. Anders als das Grundgesetz
360 sieht die
361 Landesverfassung bisher vor, dass die stärkste Fraktion das Vorschlagsrecht für
362 die*den
363 Präsidenten*in hat. Eine Änderung sollte dagegen das freie Mandat der
364 Abgeordneten in den
365 Vordergrund stellen. Auch die Leitung der konstituierenden Sitzung des Parlaments
366 sollte
367 nicht länger dem ältesten (so bisher die Geschäftsordnung des
Abgeordnetenhauses), sondern
wie im Bundestag dem Mitglied des Parlaments zufallen, das diesem am längsten
angehört. Bei
der Wahl zum Regierenden Bürgermeister vor einem Jahr ist es Kai Wegner erst im
dritten
Wahlgang gelungen, die erforderliche Mehrheit zu erhalten. Gleichwohl hat sich
gezeigt, dass
auch in Berlin der dritte Wahlgangs nicht eindeutig genug geregelt ist. Um einen
möglichen
Missbrauch zu verhindern, wollen wir klarstellen, dass auch im dritten Wahlgang
nur gewählt
ist, wer mehr Stimmen als Gegenstimmen erhält.

368 In den letzten Jahren konnten wir selbst bei unseren polnischen Nachbarn
369 beobachten, wie
370 Gerichte von rechtspopulistischen und rechtsextremen Kräften ausgehöhlt werden.
371 Auch nach
372 der Abwahl der rechtspopulistischen PiS-Regierung wird es Jahre dauern und enorme
373 Anstrengungen aller demokratischen und zivilgesellschaftlichen Kräfte benötigen,
374 um Polen
375 wieder ein gesichert rechtsstaatliches Fundament zu geben. Mit Sorge sehen wir,
376 wie Kräfte
377 der alten Regierung weiterhin mit allen Mitteln versuchen, die demokratische
378 Entscheidung
379 der polnischen Wähler*innen auszuhöhlen. Wir stehen an der Seite unserer
380 Freund*innen von
381 Partia Zieloni und allen Demokrat*innen in Polen. Wir wollen von ihren

382 Erfahrungen im Umgang
383 mit antidemokratischen Kräften lernen. Diese Erfahrungen zeigen uns, wie
384 angreifbar unsere
385 demokratischen Strukturen sind und wie wichtig deren Sicherung.
Um die Unabhängigkeit des Verfassungsgerichtshofs zu sichern, sollten zentrale
Regelungen in
der Landesverfassung verankert werden: In Berlin ist die Amtszeit der
Richter*innen, die
Bindungskraft ihrer Entscheidungen und die Organisationshoheit des Gerichts
bisher nur
einfachgesetzlich geregelt. Auch die Aufgaben des Verfassungsgerichts sind bisher
nur
unvollständig in der Landesverfassung geregelt – so fehlt zum Beispiel die
Wahlprüfung. Hier
streben wir Verbesserungen an, um den Berliner Verfassungsgerichtshof gegen
antidemokratische Kräfte abzusichern - dazu werden wir mit den demokratischen
Parteien und
Fraktionen ins Gespräch gehen.

386 **Straftaten auch im Netz konsequent verfolgen und Cybersecurity ernst nehmen**

387 Online-Hetze und -Mobbing, digitales Stalking, Doxing, Einschüchterung und das
388 Hacken von
389 Accounts nehmen stetig zu. Frauenhass, Sexismus, Rassismus und extremistische
390 Ideologien
sind häufige Ursachen für diese Taten. Unsere Gesellschaft und Demokratie stehen
folglich
auch online unter Druck.

391 Mitarbeitende in Sicherheitsbehörden benötigen die nötige Ausbildung, um unsere
392 Sicherheit
393 auch im digitalen Raum gewährleisten zu können. Mitarbeitende der
394 Strafverfolgungsbehörden
395 müssen entsprechend weitergebildet und sensibilisiert werden und es braucht eine
396 Stärkung
397 und engere Kooperation mit Betroffenenorganisationen wie zum Beispiel HateAid.
398 Außerdem
setzen wir uns für eine Anpassung des rechtlichen Rahmens in Bezug auf
Datenschutz und
Anerkennung von Hasskriminalität ein. Bereits fehlende Sensibilität beim Erfassen
von
Straftaten kann dazu führen, dass politische Motive nicht erkannt werden oder als
vermeintlich kleine Straftaten abgetan werden.

399 Digitale Gewalt bedroht besonders Frauen und Mädchen, LSBTIQ*, Schwarze Menschen

400 und People
401 of Color. Und auch Journalist*innen, ehrenamtlich politisch Aktive und
Aktivist*innen
geraten zunehmend unter Druck.

402 Diese digitale Gewalt muss konsequent verfolgt werden. Dafür braucht es eine
403 Modernisierung
404 der Strafverfolgung zum Beispiel über den Ausbau der Möglichkeit zur digitalen
405 Anzeige, den
406 Aufbau einer Anlaufstelle, die nach dem erfolgreichen hessischen Vorbild "Hessen
gegen
Hetze" als Kompetenzzentrum und Koordinationsstelle dienen soll, sowie
Schwerpunktstaatsanwaltschaften.

407 Darüber hinaus braucht es eine Strategie gegen Desinformation. Irreführende,
408 falsche und
409 manipulative Informationen, Bilder und Videos sollen Menschen mit ihrer
410 Wahrnehmung und
411 Haltung und damit die öffentliche Meinung beeinflussen. Gerade mit den
gewachsenen
Möglichkeiten durch Künstliche Intelligenz stellt das eine massive Gefährdung für
unsere
Demokratie dar - insbesondere, wenn Wahlen so beeinflusst werden.

412 Fake News destabilisieren das Fundament der Demokratie. Ihnen müssen wir
413 entgegenwirken,
414 denn nur, wenn Bürger*innen sich unabhängig informieren können, können sie freie
415 Entscheidungen zum Beispiel im Rahmen demokratischer Wahlen treffen. Algorithmen
416 müssen
transparent sein, damit die Sichtbarkeit von Inhalten und die öffentliche
Meinungsbildung
nicht künstlich manipuliert wird.

417 Social Media Anbieter tragen hier eine hohe Verantwortung. Sie müssen
418 verpflichtet werden,
419 stärker tätig zu werden, wenn Hass und Hetze oder Falschinformationen auf ihren
420 Plattformen
verbreitet werden. Und es muss nachvollziehbar sein, wer auf diesen Netzwerken
422 unterwegs
423 ist; für jede Onlinebestellung gelten strengere Anforderungen an Integrität und
424 Authentizität als für Social Media Plattformen. Durch den nachdrücklichen Einsatz
425 unserer
426 Grünen Europaabgeordneten haben wir die europäische Verordnung über digitale
427 Dienste mit auf
den Weg bringen können, die ein sicheres und vertrauenswürdiges Online-Umfeld

schafft, die Grundrechte von Nutzer*innen dieser Plattformen stärker schützt und für sie mehr Transparenz herstellt. Wir werden darauf hinwirken, dass digitale Vermittlungsdienste stärker in die Pflicht genommen werden und die nun vorhandenen Regulationsmöglichkeiten, einschließlich von Sanktionen vollends ausgeschöpft werden.

428 Wir fordern vom Senat massive Investitionen in digitale Aufklärung und
429 Medienkompetenz sowie
430 Verzahnung und Förderung der Zusammenarbeit zwischen Verwaltungen,
431 Technologieunternehmen
432 und Zivilgesellschaft, um Missbrauch über Bots so kleinteilig zu kontrollieren,
433 wie er
434 auftritt. Sowohl im schulischen als auch im außerschulischen Kontext muss
435 Medienbildung eine
436 größere Rolle spielen. Wir setzen uns für die Stärkung der Bundeszentrale für
437 politische
438 Bildung in den Bereichen Medienbildung und Medienkompetenz ein. Nur wenn junge
439 Menschen früh
lernen, Fake News und Desinformation zu erkennen, können sie als mündige
Bürger*innen in der
Demokratie freie Entscheidungen treffen. Für die Entwicklung und Implementierung
von KI-
Systemen, die Bots erkennen und bekämpfen, ist ein gezieltes Berliner
Technologieförderprogramm notwendig. Der Senat muss eine kontinuierliche Revision
und
Anpassung der Gesetze auf allen Ebenen sicherstellen, um mit Technologie und
Taktik der
Manipulation Schritt zu halten und ihr besser vorbeugen zu können.

440 Die Bedrohung durch Cyberangriffe und Cybercrime wächst - sowohl durch Kriminelle
441 als auch
442 durch ausländische staatliche Akteure wie beispielsweise Russland. Der Berliner
443 Senat muss
444 die Integrität der digitalen Infrastruktur sicherstellen. Angriffe von Hackern
445 auf
446 öffentliche und private IT-Systeme müssen abgewehrt werden; die Daten der
447 Bürger*innen
448 müssen geschützt bleiben. Für das Worst Case Szenario eines erfolgreichen
449 Cyberangriffs gilt
450 es vorbereitet zu sein. Für eine gelungene Aufstellung im Bereich der IT-
451 Sicherheit braucht
452 es eine Cybersicherheitsstrategie des gesamten Senats. Diese ist unter Einbindung
453 der

454 Wirtschaft und Zivilgesellschaft zu entwickeln. Nur so ist sichergestellt, dass
455 sie den
456 nötigen ganzheitlichen Ansatz berücksichtigt. Die Maxime ist, mutmaßliche
457 Angriffe so
458 schnell wie möglich zu erkennen, den Schaden so gering wie möglich zu halten und
459 eine
460 möglichst kurze Wiederanlaufzeit der Systeme zu haben. Hierzu gehört, dass alle
461 Berliner
462 Behörden entsprechende Vorbereitungsmaßnahmen treffen und gängige IT-Sicherheits-
463 Standards
464 einhalten. Damit alle zuständigen Berliner Behörden bei einem Cyberangriff
465 effektiv und
466 abgestimmt gemeinsam reagieren können, braucht es ein Berliner Kompetenzzentrum
467 IT-
468 Sicherheit (BeKIS), das als Informations-, Kooperations- und
Koordinationsplattform alle
zuständigen Landesbehörden vernetzt. Zudem sollen Cybersicherheitsübungen
etabliert werden.
Dabei hat der Schutz der Bürger*innen höchste Priorität. Für die Verwaltung und
besonders
die kritische Infrastruktur (KRITIS) ist die Bedrohung besonders groß: die
erhebliche
Reichweite und Auswirkung eines Angriffs machen sie zu einem besonders lohnenden
Ziel und
gleichzeitig sind die IT-Strukturen der Verwaltung in einem unzeitgemäßen
Zustand. Es drohen
der Verlust von sensiblen, persönlichen Daten, Identitätsdiebstähle, Spionage und
der
Zusammenbruch von Dienstleistungen. Damit droht nicht zuletzt auch ein massiver
Vertrauensverlust der Bürger*innen in die Verwaltung und damit in den Staat und
den
staatlichen Schutz. Um IT-Sicherheit auf einem hohen Niveau in Berlin
gewährleisten zu
können, braucht es daher Mindestsicherheitsanforderungen, eine klare
Aufgabenverteilung und
präzise beschriebene Befugnisse der handelnden Behörden. Dies kann nur auf
gesetzlicher
Basis geregelt werden - denn nur der Gesetzgeber kann solch wesentlichen
Entscheidungen
demokratische Legitimation verschaffen. Ein solches Berliner IT-Sicherheitsgesetz
muss der
Senat zeitnah vorlegen.

469 **Pressefreiheit stärken und den ÖRR schützen**

470 Nicht nur online steht die freie Presse unter Druck. Übergriffe auf

471 Journalist*innen haben
472 in den vergangenen Jahren zugenommen - wer von Querdenker*innen-Demos während der
473 Coronazeit
474 berichtet hat, musste damit rechnen, beleidigt oder gar körperlich attackiert zu
475 werden.
476 Diese Übergriffe sind eine ernsthafte Gefahr für unabhängige Berichterstattung
477 und insgesamt
478 für eine unabhängige Presse - und damit für unsere Demokratie; denn Demokratie
lebt von
unterschiedlichen Meinungen und einer freien Presse, die darüber berichtet, damit
Bürger*innen eine informierte Entscheidung treffen können. Deutschland ist
aufgrund dieser
Entwicklung im internationalen Pressefreiheit-Ranking von Reporter ohne Grenzen
auf Platz 21
abgerutscht. Nach Sachsen war Berlin das Bundesland, das am zweitstärksten
betroffen war.

479 Diese Entwicklung nehmen wir nicht hin. Pressevertreter*innen müssen frei und
480 unabhängig
481 ihren Job machen können. Übergriffe auf Demos müssen genauso konsequent bekämpft
werden wie
digitale Gewalt gegen Journalist*innen!

482 Zum Schutz der Unabhängigkeit des Journalismus gehört auch der Schutz des
483 öffentlich-
484 rechtlichen Rundfunks. Auch dieser steht zunehmend unter Druck von rechts außen.
485 Um ihn
besser zu schützen, sollte der Medienstaatsvertrag durch eine Zustimmungspflicht
des
Abgeordnetenhauses auch bei Kündigung von Staatsverträgen zusätzlich abgesichert
werden.

486 **Vertrauen in die Demokratie stärken, Bildung und Prävention ausbauen**

487 Bildung spielt eine essenzielle Rolle, um Heranwachsenden
488 Partizipationsmöglichkeiten zu
489 eröffnen, demokratische Werte zu vermitteln und das Vertrauen in die
490 demokratischen
491 Institutionen zu stärken. Dabei geht es nicht nur um Politik als eigenständiges
492 Schulfach,
493 sondern auch darum, dass alle Beteiligten den Schulalltag als demokratisches
494 Miteinander
495 leben und gestalten. Ein Begegnen auf Augenhöhe und echte
496 Mitbestimmungsmöglichkeiten für
497 Heranwachsende, die Selbstwirksamkeit erfahren lassen, sind dabei von
498

499 unschätzbarem Wert.
500 Lernende sollten auch über ihre Bildungsinhalte noch stärker aktiv mitentscheiden
501 können. Beteiligungskonzepte sollten in allen Berliner Kitas konsequent umgesetzt
502 werden; das
503 hierfür notwendige Fachpersonal muss zeitnah ausgebildet, der Kind-Fachkraft-
504 Schlüssel
505 entsprechend angepasst werden. Denn wenn Kinder frühzeitig lernen, dass die
506 eigene Stimme
507 etwas zählt, sind sie später weniger anfällig für autokratische Strukturen und
508 werden zu
509 mündigen Bürger*innen, die die Demokratie wertschätzen.
510

511 Wir fordern die Erhöhung der relevanten Haushaltsposten zur Unterstützung für
512 Lehrkräfte und
513 Schüler:innen gegen Antisemitismus und antimuslimischen sowie alle anderen Formen
514 von
515 Rassismus an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen sowie in
516 Ausbildungsbetrieben. Die
517 derzeitige Finanzierung, wie sie im Berliner Haushalt vorgesehen ist, reicht vor
518 dem
519 Hintergrund der aktuellen Lage an Berliner Schulen und außerschulischen Orten der
Begegnung
von Jugendlichen für eine qualitativ nachhaltige Arbeit, die stadtweit notwendig
ist, nicht
aus. Es braucht eine strukturelle Verstetigung und Erhöhung der Finanzierung für
Träger, die
mit, an oder in schulischen und außerschulischen Lernorten für einen
interreligiösen,
friedlichen Dialog und globalen Ideenaustausch arbeiten, Wissen über Länder
weltweit
vermitteln und mit ihren Materialien und Angeboten Schulen und Betriebe
unterstützen.
Hierbei soll auch die deutsche Kolonialgeschichte kritisch erarbeitet werden, um
Jugendliche
für Machtungleichverhältnisse zu sensibilisieren.
Wir sehen es zudem als zwingend notwendig an, dass Lehrkräfte und das Personal an
den
Schulen und Betrieben berlinweit befähigt werden, durch Angebote
niedrigschwelliger
Fortbildung auf Hassbotschaften im Klassenraum bzw. am Ausbildungsplatz
angemessen zu
reagieren.
Jugendliche und junge Erwachsene müssen über weitere Unterstützungs- und
Partizipationsangebote die Möglichkeit erhalten, einerseits ihre Medienkompetenz
zu erhöhen
und andererseits ein vertieftes Verständnis für eine vielfältige und lebendige
Stadtgesellschaft zu erhalten.

520 Die Landeszentrale für politische Bildung muss gestärkt werden, um ihrem
521 Bildungsauftrag
522 auch weiterhin gerecht werden zu können. Besonders für den Bereich der
523 Erwachsenen- und
außerschulischen Bildung braucht es noch mehr Materialien und Konzepte, um auch
die Menschen
zu erreichen, die nicht mehr zur Schule gehen.

524 **Demokratie bedeutet: Bürger*innen entscheiden ihre gemeinsamen Angelegenheiten**
525 **selbst**

526
527 Generell gilt es, alle direktdemokratischen Instrumente und den Einfluss der
528 Zivilgesellschaft zu stärken und so deutlich zu machen, dass jede Stimme zählt.
529 Dabei ist
530 aber entscheidend, dass die richtigen Instrumente zur richtigen Zeit eingesetzt
531 werden. Ein
532 Ja-Nein-Volksentscheid macht dann Sinne, wenn es in einem abgesteckten Rahmen
533 etwas zu
534 entscheiden gibt. Wir wollen Bürger*innenräte stärken, denn sie können bei
535 grundsätzlichen
536 Problemen komplexe Lösungen erarbeiten und so die Demokratie und
537 Zivilgesellschaft in den
538 Kiezen stärken. Mit der zufälligen Auswahl verschiedener Anwohnenden, bringt der
539 Bürger*innenrat unterschiedliche Menschen zusammen und stärkt die Annahme von
540 Projekten in
541 den Kiezen.

542
543 Menschen- und Minderheitenrechte dürfen niemals Gegenstand einer
544 Mehrheitsabstimmung sein.
545 Nicht nur in Ungarn lässt sich beobachten, wie von der Regierung durchgeführte
546 Volksbefragungen „von oben“ die demokratische Opposition und die
547 Zivilgesellschaft
548 schwächen. Auch die AfD hat dies erkannt und fordert auf Bundesebene konsultative
549 Volksbefragungen. Volksbefragungen und Volksabstimmungen von oben" lehnen wir ab,
550 da sie
551 erfahrungsgemäß von der jeweiligen Regierung vor allem genutzt werden, um
552 Akzeptanz für
553 problematische Vorhaben zu suggerieren, statt in einem fairen und ergebnisoffenen
554 Diskussionsverfahren die Bürger*innen zu eigener Erkenntnis und eigenen
555 Entschlüssen
556 gelangen zu lassen. Wir erwarten, dass sich die regierungstragenden Parteien,
557 wenn sie
558 direktdemokratische Absicherung begehren, auf eigene Kosten und mit denselben
559 Chancen wie
oppositionelle Gruppen um Zustimmung für ihre Positionen bemühen.

Wir wollen, dass alle Menschen selbst erleben, wie bei den besonders wichtigen Sachfragen ihre Meinungen gehört werden und sie ihre Wünsche und Sichtweisen zum gemeinsamen Leben in Freiheit beitragen können. Demokratie lebt durch Engagement und Widerstandsgeist. Die aktive Vielfalt der Berliner Zivilgesellschaft soll Missstände benennen und durch Besseres ersetzen. Ihr Gestaltungswille soll durch alle direktdemokratischen Instrumente sichtbar und wirksam werden. Dabei kommt es darauf an, zur rechten Zeit die richtigen Instrumente einzusetzen und auszubauen. Den Schutz aller Grund- und Menschenrechte vor potentiell verletzenden und diskriminierenden Volksbegehren wollen wir verstärken. Daher soll im Abstimmungsgesetzes geregelt werden, dass auch Volksbegehren unzulässig sind, die der Europäischen Menschenrechtskonvention widersprechen. Wir prüfen, wie die gesetzlichen Grundlagen für Referenden ausgestaltet werden müssen, um hohen demokratischen Standards zu genügen.

560 **Kommunale Demokratie neu beleben**

561 Wir wollen das „politisches Bezirksamt“. Die BVVen sollen das gesamte Bezirks-
562 Kollegium
563 gemäß ihrem Mehrheitswillen frei wählen. Das ordnet die politische Verantwortung
564 sinnvoll zu
565 und macht für die Bürger*innen transparent, welche Parteien und Koalitionen
exekutive
Entscheidungen getroffen haben und treffen. Artikel 74 der Landesverfassung
sollte schon
lange entsprechend reformiert sein.

566 **Demokratie braucht Feminismus**

567 Die Rechte von Frauen, inter, nicht-binären, trans* und agender Personen (FINTA)
568 sind ein
569 Gradmesser der Demokratie, denn autokratische und diktatorische Regime
570 unterdrücken FINTA-
571 Rechte systematisch. Intersektionaler Queerfeminismus steht für Gerechtigkeit und
572 wo FINTA-
573 Rechte durchgesetzt werden, nutzt das der gesamten Gesellschaft und trägt zu mehr
574

575 Gleichberechtigung nicht nur zwischen den Geschlechtern bei. Deshalb setzen wir
576 uns
strukturell für mehr Gleichberechtigung ein: wir unterstützen die Arbeit der
Gleichstellungsbeauftragten und der Organisationen, die sich für Gleichstellung
einsetzen.
Wo FINTA selbstbestimmt leben, stärkt dies die Demokratie. Dazu gehört auch das
Recht, über
den eigenen Körper frei zu entscheiden. Das Recht auf Abtreibung gehört hier
genauso dazu,
wie die Entscheidung über die geschlechtliche Identität selbstbestimmt treffen zu
können.

577 Wir begrüßen den Vorstoß der Unabhängigen Beauftragten für Antidiskriminierung
578 des Bundes,
579 Ferda Ataman, zur Reform des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) auf
580 Bundesebene –
es ist höchste Zeit, dass sexuelle Belästigung nach dem AGG auch im Zivilrecht
verboten wird
und etwa sexuelle Belästigungen im Fitness-Studio berücksichtigt werden.

581 Antifeminismus ist der gemeinsame Nenner und eine der tragenden Säulen des
582 Rechtsextremismus. Er schwächt den gesellschaftlichen Zusammenhalt und untergräbt
583 die
584 Demokratie. Es ist deshalb keine Überraschung, dass rechtsextreme Gruppen
585 Antifeminismus
586 gezielt verbreiten und ihn als Einflugschneise für autoritäre Ideologien nutzen.
587 Dabei geht
588 es vor allem um die Vorstellung, dass in einer sogenannten 'natürlichen Ordnung'
589 einer
binärgeschlechtlichen Welt Frauen Männern untergeordnet seien. Erschreckend ist,
wie weit
inzwischen antifeministische Einstellungen verbreitet sind und auf sozialen
Netzwerken wie
TikTok an Reichweite gewinnen. Dem stellen wir uns klar entgegen – der Kampf für
FINTA-
Rechte ist der Kampf für unsere Demokratie!

590 **Aufarbeitung und Erinnerungsarbeit stärken**

591 Wir haben in Deutschland mehrfach erlebt, was passiert, wenn rassistische
592 Denkmuster nicht
593 rechtzeitig erkannt werden oder wenn Menschen sich immer weiter radikalisieren.
594 Die Morde
595 des NSU, die Anschläge von Halle oder Hanau sind mit die schlimmsten, aber nicht
596 die
597

598 einzigen Beispiele dafür. Die Erinnerung an die Menschen, die von Rassist*innen
599 und
600 Antisemit*innen ermordet wurden, wach zu halten, ist unser aller Aufgabe. Wir
601 sind als Staat
602 und als Bürger*innen dazu verpflichtet, diese Taten und den Umgang der
Ermittlungsbehörden
und der Öffentlichkeit damit aufzuarbeiten und Konsequenzen zu ziehen.
Historisches Unrecht
müssen wir überdies nachhaltig kritisch erinnern. Erinnerungs- und Gedenkstätten
sowie
Museen, die sich mit den Gräueln des NS-Terrors auseinandersetzen, historische
und
antifaschistische Bildungsarbeit leisten, wollen wir stärken. Erinnerungsarbeit
bedeutet in
Berlin zudem, die Spuren der diversen Stadtgesellschaft in den Museen und im
öffentlichen
Raum abzubilden und die Stadtgeschichte multiperspektivisch und transnational zu
erzählen.

603 Das von uns initiierte gesamtstädtische Konzept für die Aufarbeitung und
604 Erinnerung der
605 deutschen Kolonialvergangenheit ist ein Meilenstein und muss fortgeführt und
606 verstetigt
607 werden. Der Prozess der Dekolonisierung ist auch ein Prozess zur Bekämpfung von
Rassismus
heute. Er kann dabei nur im engen Dialog mit den postmigrantisch-diasporischen
Communitys
und den Nachkommen der Menschen in den ehemaligen Kolonien gelingen.

608 **Antidiskriminierungsstrukturen neu aufsetzen**

609 Von 2016 bis 2023 war Berlin mit der rot-grün-roten Koalition bundesweit
610 Vorreiterin für
611 eine progressive Antidiskriminierungspolitik. Das
612 Landesantidiskriminierungsgesetz und das
613 Landesprogramm Diversity sind dafür die bekanntesten Beispiele, die auch
614 deutschlandweit
eine Vorbildfunktion entwickelt haben. Diese Vorbildfunktion droht nun unter
Schwarz-Rot
verspielt zu werden. Dagegen stemmen wir uns mit aller Kraft - gemeinsam mit der
Zivilgesellschaft!

615 Stärkung der Demokratie bedeutet nicht nur, sich gegen alltagsrassistische und
616 rechtsextreme
617 Tendenzen zu stellen, sondern die offene Gesellschaft für alle Menschen zu

618 verteidigen,
619 Diskriminierung aktiv zu bekämpfen und Diversität zu fördern. Wir setzen uns
620 dafür ein, dass
621 Berlin eine gesamtgesellschaftliche Antidiskriminierungs- und
622 Diversitätsstrategie
623 entwickelt – unter konsequenter Einbindung von Wissenschaft ,den
624 zivilgesellschaftlichen
625 Akteur*innen, sowie den interessierten Unternehmen, ihrer Verbände und
626 Gewerkschaften. Dabei
627 müssen alle Formen von Diskriminierung – insbesondere in ihren institutionellen
und
strukturellen Dimensionen – Berücksichtigung finden. Gesellschaftliche
Handlungsfelder und
Institutionen sind kritisch zu analysieren und jeweils darauf bezogene
Antidiskriminierungs-
und Diversitätsmaßnahmen mit konkreten Bearbeitungs- und Umsetzungsempfehlungen
(weiter) zu
entwickeln. Ausgangspunkt hierfür muss dabei das bestehende
zivilgesellschaftliche Wissen
und die bestehende zivilgesellschaftliche Arbeit gegen Diskriminierung sein.
Dabei ist
unsere Antidiskriminierungspolitik immer queerfeministisch und intersektional.

628 Für die Umsetzung der Antidiskriminierungs- und Diversitätsstrategie braucht es
629 auf Landes-
630 wie Bezirksebene klare Zuständigkeiten in überfachlicher Verantwortung und
631 Zusammenarbeit,
632 die Bereitstellung der notwendigen Ressourcen und Finanzmittel und in der
Begleitung und
Evaluation ein unabhängiges Expert*innen-Monitoring. Auch in Zeiten knapper
Kassen muss
gelten: Maßnahmen gegen Diskriminierung und Ungleichbehandlung haben hohe
Priorität!

633 Zentral für eine Berliner Gesamtstrategie werden weiterhin das
634 Landesantidiskriminierungsgesetz und das Landesprogramm Diversity sein. Beides
635 sind
636 Erfolgsgeschichten aus grüner Feder. Wir wollen eine Evaluation und
637 Weiterentwicklung, damit
638 sie noch breiter Anwendung finden. Beim Landesantidiskriminierungsgesetz wollen
639 wir den
640 Schutzkreis durch die Aufnahme weiterer Diskriminierungsmerkmale erweitern und es
641 verbindlicher für die landeseigenen Unternehmen zur Anwendung bringen. Maßnahmen
642 des
643 Landesprogramm Diversity – wie die Einführung positiver Maßnahmen zur Bekämpfung
644 von

645 Ungleichbehandlung – wollen wir eine gesetzliche Grundlage geben. Die LADG-
646 Ombudsstelle muss
647 endlich personell gestärkt werden. Wir wollen, dass sie auch in der personellen
648 Ausstattung
649 als eigene Behörde nach dem Vorbild der Datenschutz- oder des Polizeibeauftragten
650 aufgestellt wird.

651
652 Der Vorschlag für eine europäische Antidiskriminierungsrichtlinie wird seit
vielen Jahren
durch Nicht-Behandlung im Rat der EU verhindert. Eine solche Richtlinie würde
umfassenden
rechtlichen Schutz vor allen Diskriminierungsmerkmalen ermöglichen und kann
Menschen, die
sich diskriminierenden Handlungen und Strukturen ausgesetzt sehen, ein wichtiges
Rechtsmittel an die Hand geben. Über unsere Mitwirkung im Bundesrat und im Bund
wollen wir
uns dafür einsetzen, dass in der nächsten europäischen Legislatur Deutschland
seine
Vorbehalte gegen eine europäische Regelung aufgibt und sich konstruktiv für eine
übergeordnete Antidiskriminierungsrichtlinie einbringt.

653 Wir stellen uns entschieden gegen jeden Antisemitismus, gegen alle Formen von
654 Rassismus und
655 Diskriminierung. Im Kampf gegen Diskriminierung gibt es weniger ein Erkenntnis-
656 als ein
657 Umsetzungsproblem. Wir wollen, dass das noch in der vergangenen Wahlperiode
658 beschlossene
659 „Berliner Landeskonzept zur Weiterentwicklung der Antisemitismus-Prävention“
660 konsequent für
661 alle Bereiche angewandt wird – und wo Schutzlücken bestehen, diese konzeptionell
662 geschlossen
663 werden. Dazu gehören insbesondere die Bereiche Bildung und Schule, Hochschule
664 sowie
665 Opferschutz und Prävention. Hier braucht es verlässliche Strukturen gegen
666 Diskriminierung,
667 die Antisemitismus besonders berücksichtigen. Die schwarz-rote Koalition verliert
668 sich hier
669 in Symboldebatten, statt die grundsätzliche Arbeit gegen Antisemitismus zu
670 stärken und
671 auszubauen. Trotz vollmundiger Ankündigungen hat die Koalition die
672 zivilgesellschaftlichen
Beratungs-, Anlauf- und Präventionsprojekte gegen Antisemitismus bislang im Regen
stehen
lassen. Seit dem 7. Oktober 2023 leisten sie noch einmal vermehrt Beratung und
Aufklärungsarbeit an Schulen oder beraten für von Antisemitismus Betroffene als
Anlaufstellen, oftmals mit immensen Überstunden oder sogar unbezahlt. Sie

benötigen dringend
eine Aufstockung ihrer Förderung, damit die erhebliche Mehrarbeit unterstützt und
gewürdigt
wird. Das Beratungs- und Empowerment-Angebot wollen wir im engen Austausch mit
der
Zivilgesellschaft weiterentwickeln. Dabei nehmen wir insbesondere den Umgang mit
sozialer
Ausgrenzung, Klassismus und Diskriminierung im digitalen Kontext, etwa im Zuge
des Einsatzes
von Algorithmen und Künstlicher Intelligenz, in den Blick und begegnen auch den
(psycho-
)sozialen und gesundheitlichen Auswirkungen von Diskriminierung systematisch.

673 Bestimmte Formen der Diskriminierung von gesellschaftlichen Gruppen haben bislang
674 zu wenig
675 Aufmerksamkeit erfahren. Hier wollen wir Erkenntnislücken durch Studien und den
676 Berlin
677 Monitor schließen – und zivilgesellschaftliche Empowerment- und
678 Beratungsstrukturen
679 einrichten. Dazu gehören asiatisch gelesene Menschen oder bisexuelle
680 Berliner*innen. Hinzu
681 kommen Programme, die besonders marginalisierte Gruppen stärken, wie der
682 Aktionsplan zur
683 Einbeziehung ausländischer Rom*nja oder die Initiative geschlechtliche und
684 sexuelle Vielfalt
(IGSV). Wir erwarten vom Senat auch ein stärkeres und entschiedeneres Handeln
gegen
Rassismus. Dazu fordern wir die zeitnahe Einsetzung eine*r Beauftragten gegen
Antiziganismus
sowie die Schaffung der Stelle einer*eines Beauftragten gegen antimuslimischen
sowie gegen
anti-Schwarzen Rassismus. Außerdem fordern wir die zeitnahe und
senatsübergreifend
koordinierte Umsetzung der Handlungsempfehlungen der Expert*innenkommission
Antimuslimischer
Rassismus, wie z.B. die Abschaffung des Neutralitätsgesetzes.

685 Wir wollen die Antidiskriminierungsarbeit stärker horizontal ausrichten und
686 intersektional
687 um neue gesellschaftliche Handlungsfelder erweitern. Mit der Fachstelle gegen
688 Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt „FairMieten – FairWohnen“ haben wir
689 Bündnisgrüne dafür
690 in der letzten Wahlperiode ein Modellprojekt etabliert. Eine entsprechende
691 Forschungs-,
692 Dokumentations- und Beratungsstelle fordern wir nun auch für den Gesundheits- und
Pflegebereich, für den Hochschul- und Wissenschaftsbereich und für den Bereich

der KI-

Anwendungen ein. Zudem muss endlich die zivilgesellschaftliche Forderung nach Einrichtung einer „Unabhängigen Beschwerdestelle gegen Diskriminierung an Schule“ (UBS) erfüllt werden.

693 Die Ziele der „UN-Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft“ müssen auch über
694 2024 hinaus
695 verstetigt und umgesetzt werden. Wir fordern die Verlängerung des
696 Umsetzungszeitraums dieser
697 Dekade, die aufgrund von coronabedingten Einschränkungen nicht vollends
698 ausgeschöpft wurde.
Der Maßnahmenplan aus dem zivilgesellschaftlich getragenen Konsultationsprozess, insbesondere die Einrichtung eines Studiengangs Black European Intersectional Studies, muss umgesetzt werden.

699 Mit über 600.000 Berliner*innen in den Sportvereinen der Stadt kommt dem
700 organisierten Sport
701 im Kampf gegen Diskriminierung eine besondere Bedeutung zu. Mit Kampagnen gegen
702 Rassismus
703 und Antisemitismus, Handlungsempfehlungen für Vereine gegen Diskriminierung oder
704 auch den
705 Programmen für Integration und Inklusion leisten Vereine und Verbände einen
706 wichtigen
707 Beitrag. Auch das geplante "Pride House Berlin" während der gesamten Fußball-EM
708 zeigt, was
709 der organisierte Sport für mehr Akzeptanz bewegen kann. Nicht erst seitdem als
710 Folge des 7.
711 Oktober der jüdische Verein Makkabi Berlin in mehreren Berliner Sportarten
712 Spieltage absagen
713 musste, weil Sorgen um die Sicherheit der eigenen Sportlerinnen und Sportler
714 bestand ist
715 klar: Auch im Sport ist Diskriminierung jeglicher Art noch immer an der
716 Tagesordnung.
717 Dass sich viele Menschen auch in einigen Sportvereinen nicht sicher und wohl
718 fühlen können,
719 können wir nicht hinnehmen.
720

Es braucht Strukturen und geschulte Anlaufstellen in Vereinen und Verbänden, an die sich Betroffene auf der Suche nach Unterstützung vertraulich wenden können, wie es sie bereits für den Kinderschutz im organisierten Sport teilweise gibt. Zudem fordern wir, dass die Berliner Sportverbände in Zusammenarbeit mit Betroffenen und Engagierten Konzepte

zur

Bekämpfung von Diskriminierung in allen Bereichen beitragen. Hierzu gehören geschulte

Ansprechpartner*innen für Betroffene und Zeug*innen von diskriminierenden Vorkommnissen,

verpflichtende Schulungen und Sensibilisierung für Multiplikator*innen aus den Vereinen,

eine möglichst vielfältige Personalsuche in Führungspositionen, barrierearme Sportangebote

und Sportstätten sowie eine öffentliche und transparente Berichterstattung über den

Fortschritt der Maßnahmen.

721 **Die Verteidigung der Demokratie: eine Aufgabe für die ganze Gesellschaft!**

722 Wir wissen, um unser aller Demokratie zu verteidigen, braucht es ein Bündel von
723 Maßnahmen.

724 Jede*r von uns steht in der Pflicht, sich für unsere freiheitlich-demokratische
725 Grundordnung

726 einzusetzen: auf der Straße, am Arbeitsplatz, in der Schule, im Sportverein –
727 aber auch in

728 der Politik und der Verwaltung. Berlin ist eine weltoffene Stadt, die von der
729 Vielfalt der

730 Menschen lebt. Die Attraktivität Berlins für Menschen aus aller Welt ist zudem
wesentlich

für unsere Arbeits- und Fachkräftesicherung, für Innovation, für unsere sozialen
Sicherungssysteme und damit für unseren Wohlstand. Wir bekennen sich klar zu
dieser Vielfalt

und stellen uns rechtsextremen Strukturen entgegen. Nur ein sicheres Berlin für
alle ist ein
gerechtes Berlin.